



UK: This Year May Ends in June – Fragen z. Politik d. Regierung May 1

2019-06-07 09:06:03 Gastautor



Resignation Statement 24 May 2019

Die britische Premierministerin Theresa May tritt heute zurück. Der längst überfällige Rücktritt der britischen Premierministerin bietet Anlass für eine kritische Bewertung ihrer politischen Leistung. Die Politik, die sie in den vergangenen drei Jahren innenpolitisch, gegenüber der EU und gegenüber dem traditionellen Verbündeten jenseits des Atlantik geführt hat, wirft eine Menge harter Fragen auf. Von John James

Obwohl der folgende Artikel Theresa May sehr kritisch gegenüber steht, möchte sein Autor angesichts ihres Rücktritts klarstellen, dass May nicht beschuldigt wird, es fehle ihr an Loyalität gegenüber dem United Kingdom.

Millionen Briten, die ihr Land lieben und ihm treu sind, glauben, dass seine Zukunft am besten dadurch gewährleistet ist, dass es Mitgliedsstaat der der EU bleibt.

Der Autor stellt nur in Frage, wie weit Theresa May sich der britischen Verfassung verpflichtet fühlt.

Unzufriedenheit mit der historischen Verfassung Britanniens ist eine Haltung, die von vielen hochrangigen Politikern und Juristen im Vereinigten Königreich geteilt wird. Sie machen kein Hehl aus ihrer Meinung, dass für sie diese veraltet und nicht in der Lage ist, die Herausforderungen der modernen Welt zu meistern.

Sie verliehen ihrer Meinung Rechtswirksamkeit, als die Blair-Regierung das Verfassungsreformgesetz von 2005 beschloss.

Dieses Verfassungsreformgesetz hatte nach Ansicht des Autors eine destabilisierende Wirkung auf die britische Gesellschaft und auch auf die britische Verfassung. Ein allzu lockerer Umgang mit der britischen Verfassung ist nach Meinung des Autors eine Ursache der gegenwärtigen Krise im Vereinigten Königreich. Eine andere ist die Entfremdung der Konservativen Partei von ihrer historisch gewachsenen Identität.

BESCHÄDIGUNG VON POLITISCHEM SYSTEM UND DES WÄHLER-VERTRAUENS

Theresa May hat zweifellos viele positive Eigenschaften - dazu mag man Hartnäckigkeit und Kampfgeist zählen – doch leider scheinen nur wenige von ihnen in der politischen Arena wirksam zu sein. Das Debakel, das die Konservative Partei bei den gerade erfolgten Europawahlen erlitten hat, liegt in der direkten Verantwortung der Theresa May. Es ist das



Ergebnis eines Zusammenbruches des Glaubens an die Vertrauenswürdigkeit der Konservativen Partei.

Diesen Verlust an Vertrauen empfinden nicht nur Parteimitglieder, sondern kulturelle Konservative im weitesten Sinne (in britischer Diktion conservatives mit einem kleinen c genannt, um sie von politisch engagierten Parteigängern zu unterscheiden).

Das sind jene Menschen, denen die Konservative Partei verpflichtet ist, wegen ihres Namens und auf Basis der Vertretungsrolle, die ihr im Parteiensystem und im System der parlamentarischen Regierung in Großbritannien zugewiesen ist.

Dieses Versagen hat zur Entstehung einer neuen Gruppierung geführt, der Brexit-Partei, deren ausdrücklicher Anspruch es ist, jene Partei zu sein, die die britische Tradition verteidigt.

Bei der EU Wahl am 26. Mai erzielte die BREXIT Party 31% der Stimmen, während die Konservativen nur 9% erreichten. Die BREXIT Party ist jetzt die stärkste Partei im EU Parlament, und wird, so scheint es, ihre Vorgängerin UKIP im Parteiensystem ersetzen. Die Conservative Party hingegen ist in einer existenziellen Krise.

Denn während die UKIP nach eigener Definition eine Ein Themen-Partei war, die sich nach dem Referendum 2016 zurückgezogen hat und die bei den allgemeinen Wahlen 2017 vernichtend geschlagen wurde, will die BREXIT-Partei, angetrieben von der Wut über den gescheiterten EU-Austritt, keine Ein Themen-Partei sein.

Diese Partei will bei nationalen und lokalen Wahlen mit der Labour- und der Konservativen Partei konkurrieren, auch nach dem EU-Austritt.

Die Wut der Anhänger der BREXIT-Partei ist aus dem Gefühl entstanden, von der konservativen Regierung betrogen worden zu sein, die dabei anscheinend mit zahlreichen Parlamentsabgeordneten aller Parteien zusammengearbeitet hat.

Viele Bürger sind der Meinung, dass sich diese Parlamentarier, die 2017 bei den letzten Parlamentswahlen mit dem Versprechen kandidierten den EU-Austritt durchzuführen, unter falschen Vorwänden ins Parlament wählen ließen, da sie in Wirklichkeit überzeugte Befürworter der EU-Mitgliedschaft Großbritanniens sind.

Ob dieser Befund korrekt oder fair ist, ist eine eigene Frage.

Es ist jedoch unbestreitbar, dass Theresa Mays Worte und Taten zur allgemeinen Ernüchterung der britischen Wählerschaft geführt haben und dass sie die zentrale Verantwortung für eine Destabilisierung und Beschädigung der politischen Kultur Großbritanniens trägt.

Dies zeigt sich in den folgenden Entwicklungen:

1) Destabilisierung des Parteiensystems

Theresa May hat sie zugelassen, dass eine Partei gegründet wurde, die bei Kernthemen erfolgreich gegen die Conservative and Unionist Party antreten kann - jene Partei, die seit dem 19. Jahrhundert die Stabilität und Einheit Britanniens personifiziert hat. Es droht die Gefahr, dass die Konservativen nie wieder eine Regierung zu eigenen Bedingungen aufstellen werden können. (Koalitionsregierungen sind in Britannien aufgrund des Mehrheitswahlrechts historisch ungewöhnlich und dazu oft instabil).

2) Destabilisierung und Missachtung des Parlaments



Theresa May hat zwei Jahre lang einen Deal mit der Europäischen Union verhandelt, der vom britischen Parlament nicht ratifiziert werden konnte. Dass das Parlament das Withdrawal Agreement niemals billigen würde, war im vergangenen Herbst, sobald die Vereinbarung veröffentlicht wurde, allen politischen Analysten sofort klar. Das führt zu zwei Besorgnis erregenden Fragen:

- a) Verstand Theresa May so wenig von der politischen Kultur ihres eigenen Landes, dass ihr nicht klar war, dass selbst ein Parlament, das von Remainern dominiert wird, ihr Withdrawal Agreement unmöglich billigen konnte? Es ist schwer vorstellbar, dass dies der Fall sein könnte.
Oder
- b) Hat sie etwa mit der EU einen Deal verhandelt, in vollem Bewusstsein, dass das UK Parlament sich weigern würde, diesen zu ratifizieren?

Die Europäische Union hat immer klar gemacht, dass sie nur **ein** Withdrawal Agreement mit der britischen Regierung aushandeln würde. Großbritannien ist (aber) **nicht** in der Lage, eine Meinungsänderung der 27 anderen Mitgliedsstaaten oder der EU-Kommission in dieser Angelegenheit zu erzwingen. Da Theresa May, aus welchem Grund immer, einen Vertrag mit der EU aushandelte, der für das britische Parlament nicht akzeptabel war, verfügt Britannien seit dem Scheitern ihres Deals nur über zwei Optionen: in der EU zu bleiben oder ohne einen Deal auszutreten.

Die Frage muss gestellt werden: War dies das gewünschte Ergebnis der Verhandlungen zwischen Theresa May und der EU? War es von Anfang an ihre Absicht, den Austritt möglichst unattraktiv zu machen?

VERFASSUNG UND VERHANDLUNGEN MIT DER EU

Wie bekannt, basiert die Verfassung Grossbritanniens auf zwei Grundprinzipien.

Das erste ist, dass es keine höhere politische Autorität als das Unterhaus geben soll, und die zweite, dass britische Gerichte die alleinige Befugnis haben, die vom Parlament verabschiedete Gesetze auszulegen, wobei diese Auslegung auf den Prinzipien des Naturrechts basieren soll, wie das im englischen Common Law verankert ist.

Theresa May hatte ursprünglich die Absicht das Withdrawal Agreement, die Austrittsvereinbarung mit der EU, ohne Konsultation des Parlaments in Kraft zu setzen.

Die britische Staatsbürgerin Gina Miller hat allerdings schon in 2016 eine private Klage gegen die Regierung erhoben, und das Höchstgericht hat sich für das Parlament und die britische Verfassung ausgesprochen.

Siehe dazu [diesen "Guardian"-Artikel](#):

Brexit plans in disarray as high court rules parliament must have its say

Government to appeal after judges say article 50 cannot be triggered without MPs' backing – a major blow to Theresa May

[Hier](#) noch, wie die Klägerin nach der Entscheidung des High Court die Richter verunglimpft sah und wie sie diese in Schutz nahm:

*I think it is such a dangerous road to be going down to be attacking the judges and their integrity and their independence," she added, arguing that they had a duty to operate independently of politicians. Miller's comments come as **the attorney general, Jeremy***



Wright QC, prepares to assert the government's supremacy over parliament in international affairs."

Bemerkenswert ist, dass weder Theresa May noch die EU Kommission ihre Verhandlungsstrategie nach diesem unumstößlichen Urteil änderten, sondern ihre Inflexibilität demonstrativ zur Schau stellten.

DIE VERFASSUNG, EIN HISTORISCHES RELIKT?

Ein wesentlicher Hintergrund des Agierens von Frau May scheint mangelnder Respekt für die historische Verfassung Grossbritanniens zu sein, eine Haltung, die von vielen hochrangigen Politikern und Juristen im Vereinigten Königreich geteilt wird.

Diese machen kein Hehl aus ihrer Meinung, dass für sie die Konstitution veraltet und nicht in der Lage ist, die Herausforderungen der modernen Welt zu meistern.

Diese Meinung erlangte Rechtswirksamkeit, als unter der Regierung Tony Blair das Verfassungsreformgesetz von 2005 beschlossen wurde.

Die danach regierenden Konservativen unternahmen weder unter David Cameron noch unter Theresa May den Versuch, dieses Gesetz aufzuheben oder zu ändern;

Es ist ein Gesetz, das nach Ansicht des Autors eine destabilisierende Wirkung sowohl auf die britische Gesellschaft als auch auf die britische Verfassung hat.

Theresa May hatte, wie erwähnt, ursprünglich die Absicht das Withdrawal Agreement, die Austrittsvereinbarung mit der EU, ohne Befragung des Parlaments in Kraft zu setzen.

Ihr Anspruch dazu bevollmächtigt zu sein basiert auf der "progressiven" Vorstellung, dass das zeitgenössische Völkerrecht es Regierungen erlaubt, ohne die ausdrückliche Zustimmung nationaler Parlamente internationale Abkommen zu verhandeln und einzugehen.

Die Idee einer solchen Vormachtstellung der Regierung in internationalen Angelegenheiten wurde im besagten

Gerichtsverfahren von Attorney-General Jeremy Wright explizit vertreten, wie aus dem oben verlinkten Artikel hervorgeht.

Anhänger dieser Theorie argumentieren, dass nationale Regierungen, weil diese die allgemeine Unterstützung einer Mehrheit ihrer Parlamentarier haben, befugt sind, internationale Verträge ohne die ausdrückliche Zustimmung ihrer Parlamente zu unterzeichnen.

Diese Abkommen würden demokratisch gewählte Parlamente so lange binden, bis sich die Unterzeichner des Vertrags einigen, den Vertrag zu ersetzen oder zu ändern.

Eine solche Behauptung ist nichts anders als ein Frontalangriff auf die britische Verfassung, ein Angriff, der vom britischen Justizsystem zurück gewiesen wurde.

Das Ergebnis war eine Kollision zwischen der britischen Regierung und der EU Kommission auf der einen Seite, die sich beharrlich weigerten, das Withdrawal Agreement neu zu verhandeln, und dem britischen Unterhaus auf der anderen Seite, das nicht bereit war, die Bedingungen des Withdrawal Agreements anzunehmen.



Das Unterhaus hat seine Vormachtstellung letzten Endes verteidigt, aber zu einem hohen Preis. Das Ergebnis war eine Destabilisierung des Parteiensystems in Großbritannien und ein massiver Reputationsverlust für die Parlamentarier.

Die Denkweise, die Frau May dazu bewogen hat, sich gegen das eigene Parlament und auf die Seite der EU-

- Kommission zu stellen, findet sich in einem [Versprecher Mays wieder, den ein Unbekannter auf Youtube hochgeladen hat](#): *It's the decision of Parliament as to whether they accept the deal and the government have negotiated on behalf of the European Union, United Kingdom.* "In einem [kürzlich erschienenen Zerohedge-Artikel](#) wird unter Berufung auf einen anonymen Informanten von einem Treffen Mays mit der deutschen Kanzlerin am Vorabend des sogenannten Chequers-Treffen im Sommer 2018 geschrieben, in dem May erklärt habe, sie wolle die Brexit-Befürworter beschwichtigen und die konservativen Abgeordneten los werden, die gegen "Fortschritt und Einheit in der EU" seien.

According to a confidential source who has seen a complete transcript of the meeting, the two leaders agreed to a plan that Mrs May allegedly told the Chancellor would "appease" Brexit voters while nonetheless enabling her to get rid of those Tories who were (in her words) "against progress and unity in the EU." According to the transcript, Mrs May is also reported to have agreed "to keep as many EU laws and institutions in effect as she could despite the current groundswell of anti-EU hysteria in Britain" (again, apparently her words). It is claimed that both leaders agreed that the only realistic future for the UK was as a member of the EU, and that in the likely course of events Britain would rejoin the EU in full at some time after the next general election."

Aus all dem drängen sich folgende Fragen auf:

- Hat Theresa May vielleicht mit der EU-Kommission zusammengearbeitet, um einen nur scheinbaren Brexit zu liefern, einen „Brexit in name only“: einen Austritt, bei dem Großbritannien alle institutionellen Vertretungen in der EU und alle Stimmrechte verlieren würde und trotzdem gezwungen wäre, sich auf Dauer einer Vielzahl von EU Vorschriften unterzuordnen?
- Was würde eine Untersuchung der protokollierte Kommunikation zwischen der EU Kommission, Frau May und jener kleine Gruppe hoher Beamter, die die Verhandlungen geführt haben, ans Licht bringen?

Wie oft dokumentiert, wurden die Verhandlungen weitgehend im Geheimen geführt, selbst die Brexit-Minister wurden nicht über das Geschehen informiert. Kaum wurden sie vom Stand der Dinge in Kenntnis gesetzt, traten sie zurück.

DIE CONSERVATIVE PARTY

Die Krise des Parlaments wird das Parlament selbst zweifellos überleben. Viel dramatischer ist die Krise in der Conservative Party. Diese ist weniger das Ergebnis verfassungsrechtlicher Bedenken, sondern folgt eher zwei Fragen:

Ist Theresa May eine kompetente Politikerin gewesen und in wie fern kann sie überhaupt als konservativ gelten?

Eines der vernichtendsten Urteile über Theresa May wurde von Sir Ivan Rogers gefällt, [der im Mai 2019 im Bruno Kreisky Forum in Wien sprach](#).



Sir Ivan, ein Beamter des Finanzministeriums mit langjähriger Erfahrung in der EU, war nach 2012 wichtigster Berater von Premierminister David Cameron für die EU. Er trat am 3. Januar 2017 von seinem Amt als Ständiger Vertreter des Vereinigten Königreichs bei der EU zurück.

In seinem Vortrag beschrieb Sir Ivan Theresa May als schwach und naiv: Sie sei von einer politischen Entourage umgeben, deren Uneinigkeit, Inkompetenz, Arroganz und Ignoranz gegenüber der EU eine tiefe Krise im Vereinigten Königreich ausgelöst habe.

Natürlich wäre es unfair, den Zustand der britischen Regierung oder der Conservative Party einzig der Premierministerin und Parteiführerin anlasten zu wollen. Je höher die Verantwortung, umso mehr ist ein Politiker auf den Rat und Mitarbeit seiner Berater, Beamte und Parteikollegen angewiesen.

Jedoch wurde Theresa Mays Unfähigkeit, sich politisch durchzusetzen, schon während ihrer Amtszeit als Innenministerin unter David Cameron (2010 bis 2016) deutlich.

Cameron hatte den Anspruch angemeldet, die Konservativen würden die Einwanderung auf "Zehntausende" pro Jahr beschränken – siehe [hier](#).

Theresa May versagte fast vollständig in ihrem Versuch, dieses Kernversprechen der Cameron-Regierung umzusetzen.

Anstatt die Einwanderung auf zwischen 30.000 und 60.000 Personen pro Jahr zu reduzieren, stieg die Einwanderung in ihrer Amtszeit auf nahezu das 10-fache: auf 330.000 Personen pro Jahr – siehe [hier](#).

Noch beunruhigender ist allerdings, dass die Konservativen unter David Cameron und Theresa May die New Labour Politik von Tony Blair fortgesetzt haben, die Großbritannien zunehmend in einen politisch korrekten Überwachungsstaat verwandelt – anstatt konservative oder gar klassisch liberale Werte zu vertreten, wie das traditionelle britische Bekenntnis zu individueller Privatsphäre, zu Meinungsfreiheit und zu Selbstbestimmung ohne staatliche Kontrolle.

Als Premierministerin versuchte Theresa May sogar, dem Staat noch mehr Kontrolle darüber zu verschaffen, welche Informationen Briten teilen und welche Meinungen sie äußern durften – als selbst die New Labour-Regierung unter Tony Blair gefordert hatte, siehe [hier](#).

Das Ergebnis davon ist, dass viele Menschen, die sich in einem kulturellen und politischen Sinn als konservativ verstehen, nicht länger davon überzeugt sind, dass die Konservative Partei ihre Unterstützung verdient.

Bemerkenswert sind in diesem Zusammenhang die Aussagen von zwei der wichtigsten konservativen Intellektuellen Großbritanniens: Douglas Murray (Herausgeber der konservativen Zeitschrift The Spectator) und Roger Scruton (Philosoph).

Bei einer öffentlichen Diskussion am 10.05.2019 in London [begrüßten sie explizit die Gründung der BREXIT-Partei als wählbare Alternative zu der Conservative Party](#): (siehe Minuten 1:09:00).

Man kann die bisherige Analyse in folgendem Befund zusammenfassen:

Die Conservative Party unter Theresa May ist anscheinend nicht länger eine Partei, die sich in letzter Konsequenz für die Supremacy of Parliament und den Erhalt der britischen Tradition einsetzt.



Sie ist zu einer Vertreterin der Globalisierung und der Political Correctness geworden und somit für klassisch liberal denkende Menschen und viele traditionsbewusste Konservative nicht länger wählbar. Die Gefahr, dass die Konservative Partei sich spaltet, in einen sozial-demokratischen, globalistisch denkenden Flügel und einen Tradition bewussten, national-staatlich denkenden Flügel ist längst eine reale Gefahr geworden.

Im am Samstag erscheinenden zweiten Teil dieser Analyse werden die Beziehungen zwischen Großbritannien und seinem mächtigstem Verbündeten, den USA, während der Regierungszeit von Theresa May untersucht.

Bild:UK Government [OGL 3 (<http://www.nationalarchives.gov.uk/doc/open-government-licence/version/3>)] via Wikimedia Commons